

Ukraine, Belarus, Republik Moldau und der südliche Südkaukasus

Iris Kempe

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und ihren sechs Nachbarstaaten der Ukraine, Belarus, der Republik Moldau und den drei Staaten des südlichen Kaukasus, Armenien, Georgien und Aserbaidschan ist immer auch der Versuch dieser Staaten, ihre Unabhängigkeit von Russland nachhaltig zu etablieren. Entscheidend für ihre künftige Entwicklung sind Fortschritte und Stagnationen bei der Transformation. Deswegen wird auf diese Entwicklungen in der Analyse ein besonderes Augenmerk gerichtet. Wichtig ist zweitens die Einbindung der Nachbarstaaten in die internationale Staatengemeinschaft. Hierbei steht für die östlichen Nachbarstaaten auch im Fokus, sowohl die Beziehungen zu Russland als unabhängige Staaten zu gestalten, als auch neue Möglichkeiten der Ein- und Anbindung an die europäischen Institutionen zu entwickeln. Von analytischem Interesse ist hier die Instrumentalisierung von ethnisch-territorialen Konflikten in der Region ebenso wie die Energieabhängigkeit von Russland.

Aus der Perspektive der Europäischen Union gilt es Fragen nach Instrumenten jenseits oder in Richtung einer Beitrittsperspektive in die Europäische Union aufzuwerfen. Auch oder gerade wenn die Union seit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens im Jahre 2007 zunächst an das Ende ihrer Erweiterungsfähigkeit gekommen zu sein scheint, steht es derzeit im Mittelpunkt neue Konzepte zu finden, mit denen die EU die Politik jenseits ihrer Grenzen gestalten kann. Es gilt den Baukasten europäischer Instrumente zu überprüfen, ebenso wie deren Umsetzung in die nationalen Politiken.

Das Instrumentarium der Europäischen Union zur Gestaltung ihrer östlichen Nachbarschaft basiert zunächst auf den bereits Ende der 1990er Jahre unterzeichneten Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Diese Abkommen sehen ein breit gefächertes Angebot an wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Kooperationsmöglichkeiten vor. Ursprünglich waren die Abkommen nur auf einen Zeitraum von zehn Jahren vereinbart, setzen sich aber automatisch fort, vorausgesetzt keiner der beiden Partner kündigt das Abkommen auf. Dies war bisher nicht der Fall. Im Fall Belarus allerdings wurde das Abkommen wegen der nicht vorhandenen demokratischen Rahmenbedingungen nie ratifiziert. Zur Neuauflage der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen verhandelt die EU mit den Nachbarstaaten so genannte Assoziierungsabkommen, an die aber nicht zwingend die Perspektive eines Beitritts in die EU geknüpft ist. Vielmehr besteht die Möglichkeit in diesem Rahmen Abkommen über den Freihandel und die erleichterte Erteilung von Visas zu vereinbaren.

Mit den Instrumenten der EUMM (European Union Monitoring Mission) in Georgien und EUBAM (EU Border Assistance Mission) in der Republik Moldau versucht die EU Beiträge zur Sicherheit und Stabilität in ihrer Nachbarschaft zu leisten. Neben Erfolgen stoßen diese Mandate immer dort an die Grenze ihrer Handlungsfähigkeit, wo sie unmittelbar russische Interessen betreffen oder sogar verletzen.

Ein weiteres Format der europäischen Ostpolitik ist die im Dezember 2008 von der Europäischen Kommission vereinbarte „Östliche Partnerschaft“.¹ Anders als ihre Vorgängerin, die Europäische Nachbarschaftspolitik, richtet sich die Östliche Partnerschaft nur an die

sechs Nachbarstaaten an der östlichen Grenze der EU. Die Einbindung von Nichtregierungsorganisationen als gestaltende Akteure ist eine wichtige Besonderheit dieses Formats. Zu diesem Zweck veranstaltete die Europäische Kommission im November 2009 in Brüssel das Zivilgesellschaftliche Forum an dem 240 Vertreter aus den Nachbarstaaten teilnahmen, Repräsentanten wählten und eine gemeinsame Schlusserklärung verabschiedeten.²

Über die bestehenden institutionellen Möglichkeiten hinaus ist die Gestaltung von Gesamteuropa seit rund einem Jahrzehnt Gegenstand politischer Debatten. Ziel ist mit Hilfe von Kooperationsangeboten neue Trennlinien entlang der EU-Außengrenzen zu vermeiden. Dass die EU und ihre Mitgliedstaaten, und hier vor allem die neuen Mitglieder, aber auch Schweden und Deutschland, immer wieder neue Formate zur Gestaltung der Nachbarschaftspolitik entwickelt haben, ist ein Indiz für den fortbestehenden Problemdruck. Bisher entsprechen die europäischen Lösungsmöglichkeiten dieser Realität nur bedingt.

Die Entwicklungen in den Nachbarstaaten. Bemühungen und Blockaden auf dem Weg nach Europa

Georgien

Georgien wie auch die Ukraine werden als Vorreiter in der demokratischen Entwicklung und bei der Annäherung an Europa eingeschätzt. Im Falle Georgiens hat der russisch-georgische Krieg im August 2008 aber eine große Zäsur gesetzt und neue Herausforderungen an Europa gestellt.

Der im September 2009 in Brüssel veröffentlichte Bericht der internationalen „Fact Finding Mission on the Conflict in Georgia“ unter der Leitung der Schweizer Diplomatin Heidi Tagliavini kam zu der Schlussfolgerung, dass die georgische Regierung den Waffengang im August 2008 durch einen Angriff auf die mit einem internationalen Mandat stationierten russischen Truppen in Südossetien begann.³ Darüber hinaus ist es mit dem Bericht gelungen, ein Stück der postsowjetischen Geschichte zu erörtern. Aus den umfangreichen Hintergrundanalysen des 1.000 Seiten umfassenden Berichts wurde deutlich, dass sich die Schuldfrage des Krieges nicht auf den Aspekt reduzieren lässt, wer den ersten Schuss abgegeben hat. Vielmehr sei der russisch-georgische Krieg ein Erbe der sowjetischen Geschichte, insbesondere der Fehler der Nationalitätenpolitik Stalins. Der Bericht löste aber, entgegen vorher geäußelter Befürchtungen, keine größere öffentliche Debatte in Georgien aus. Dies hatte seinen Grund wohl auch darin, dass das Dokument in Englisch erschienen ist.

Auch zwei Jahre nach dem Krieg leidet das Land unter den Nachwirkungen des Krieges. Besonders hervorzuheben sind die 37.000 Binnenflüchtlinge, die bis Juni 2009 noch nicht in ihre Heimatstädte und Dörfer in Südossetien zurückkehren konnten. Hinzu kommen 220.000 bis 247.000 Binnenflüchtlinge, die seit den Konflikten in den 1990er Jahren auf eine Rückkehr nach Abchasien und Südossetien warten.⁴ Laut den georgischen Einschätzungen ist es nicht politisch gewünscht und de facto auch nur begrenzt möglich, dass die Binnenflüchtlinge in ihre ursprüngliche Heimat zurückkehren. Dementsprechend ist es – auf der Grundlage der seit 2007 existierenden „State Strategy on Internally Displaced Persons“ – die Politik der georgischen Regierung, die Rückkehrmöglichkeit zwar dezidiert offen zu halten. Gleichzeitig

1 Eastern Partnership: Communication from the European Commission to the European Parliament and the Council, COM(2008) 823, 3. December 2008.

2 http://eeas.europa.eu/eastern/civil_society/recommendations_en.htm.

3 Report: Independent International Fact-Finding Mission on the Conflict in Georgia, Volume I, September 2009.

4 IDMC: IDPs in Georgia still need attention, 9. Juli 2009, <http://www.internal-displacement.org/>.

liegt der Fokus der Politik auf der sozialen und wirtschaftlichen Integration der Binnenflüchtlinge in die lokale Gesellschaft. Um dies zu ermöglichen, hat die georgische Regierung im Mai 2010 zum dritten Mal unter Einbindung zahlreicher NGOs und internationaler Geber wie dem UNHCR und dem Europarat den Aktionsplan zur „State Strategy“ überarbeitet. Ziel ist es, bis 2012 jedem internen Flüchtling eine angemessene und langfristige Unterkunft zur Verfügung zu stellen. Eine nachhaltige Finanzierung dieses Vorhabens steht zur Zeit noch aus.

Ein wichtiger Punkt in der innenpolitischen Entwicklung Georgiens waren die erstmals in Form von Direktwahlen am 30. Mai 2010 abgehaltenen Wahlen zum Bürgermeister der Hauptstadt Tiflis. Ähnlich wie bereits im Jahr 2008 in der armenischen Hauptstadt Jerewan waren die Bürgermeisterwahlen ein Fortschritt in der demokratischen Transformation des Landes. Zwar kritisierten nationale und internationale Beobachter Teile der Wahlgesetzgebung und deren kurzfristigen Änderungen. Als problematisch eingeschätzt wurde vor allem, dass der Bürgermeister bereits mit einer relativen Mehrheit von 30 Prozent der Stimmen gewählt werden kann. Besondere Kritik erfuhren auch die massiven finanziellen Zuwendungen im Vorfeld der Wahl, die die Regierungspartei durch die Privatwirtschaft erfuhr. Nach eigenen Angaben der Partei beliefen sich die Ausgaben allein für diese Wahlkampagne auf eine Höhe von 60 Prozent im Vergleich zum diesjährigen Staatshaushalt. Gigi Ugulava, der bisherige Amtsinhaber und Kandidat des Präsidenten Saakaschwili, erhielt im ersten Wahlgang 55,23 Prozent der Stimmen und wurde somit im Amt bestätigt. Die Opposition hatte wie schon bei früheren Wahlen Schwierigkeiten sich auf einen gemeinsamen Gegenkandidaten zu verständigen. Der aussichtsreichste Herausforderer war Irakli Alasania, auf den 19,05 Prozent der Stimmen entfielen. Die Wahlen verliefen nach Angaben der OSZE-Wahlbeobachter nach demokratischen Prinzipien. Indem die anderen Kandidaten Ugulava öffentlich und unmittelbar nach den Wahlen gratulierten, setzten sie ein weiteres wichtiges Zeichen in der demokratischen Entwicklung Georgiens.

Armenien

Dominierendes Thema in der armenischen Innen- und Außenpolitik war die Annäherung zwischen Armenien und der Türkei. Der historische Hintergrund des Abbruches der diplomatischen Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien geht zurück auf den Streit um die Bewertung der Gräueltaten, die 1915 im Osmanischen Reich an Armeniern begangen worden sind. Armenien fordert, dass diese international als Genozid anerkannt werden.

Der armenische und der türkische Präsident unterzeichneten unter dem Druck der USA im Oktober 2009 in Zürich zwei Protokolle über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Entwicklung bilateraler Beziehungen.⁵ Enthalten sind auch Klauseln über eine baldige Grenzöffnung, regelmäßige Kontakte auf Ebene der Außenminister sowie die Gründung einer Historikerkommission. Während Abdullah Gül als erster türkischer Staatschef bereits 2008 zu einer Begegnung zwischen der armenischen und türkischen Fussballnationalmannschaft ins armenische Gyumri gereist war, fand am 14. Oktober 2009 das Rückspiel im türkischen Bursa statt, an dem auch der armenische Staatspräsident Sarkisjan teilnahm.

Der Prozess der bilateralen Annäherung verlief, auch forciert von der amerikanischen Diplomatie, zunächst sehr vielversprechend, doch allerdings sehr stark begrenzt auf die beiden Regierungsinitiativen. Im April 2010 kam es aber erneut zu einem Abbruch der Verhandlungen von armenischer Seite, die den Ratifizierungsprozess der in Zürich unterzeichne-

⁵ Protocol of the Establishment of Diplomatic Relations between the Republic of Turkey and the Republic of Armenia, Zürich, 10. Oktober 2010.

ten Protokolle aussetzen.⁶ Der Grund für die Aussetzung der Verhandlungen kann in erster Linie auf die Verknüpfung der Lösung der Türkisch-Armenischen Frage mit der Karabachfrage zurückgeführt werden.

Mit der Öffnung der armenisch-türkischen Grenze würde sich für Armenien ein Fenster nach Europa öffnen, was die strategischen Karten in den europäischen Nachbarstaaten neu mischen würde. Aufgrund von Armeniens geografischer Lage als Binnenstaat bleiben Georgien sowie Iran wichtige Partner für das Land. Politische Instabilitäten in Georgien wirken sich dementsprechend negativ auf Armenien aus, welches einen großen Teil seiner Waren über Georgien und dessen Häfen ein- und ausführt.

Aserbaidshan

Von den drei anerkannten Staaten des südlichen Kaukasus ist Aserbaidshan politisch am weitesten von europäischen Werten und Normen entfernt. Die weitgehende politische Handlungsfähigkeit des Landes basiert auf seinem Reichtum an Öl und dem hiermit verbundenen weltweit größten Wachstum des Bruttosozialprodukts. Seitdem sich Präsident Aliiev im Mai 2009 durch ein Referendum die Möglichkeit auf lebenslange Wiederwahl eingeräumt hat, kommt es in Aserbaidshan zunehmend zur Verletzung demokratischer Standards. Dies bestätigte sich erneut bei den Kommunalwahlen im Dezember 2009. Mit Mitteln des administrativen Drucks und zum Teil auch des Wahlbetrugs, überließ es die Regierung nicht dem Zufall, dass die Mehrheit der Stimmen auf die Regierungspartei entfielen. So kritisierte Arif Gadijili von der oppositionellen Musavat-Partei, dass die Wahlen weder frei noch fair und demnach auch nicht demokratisch verlaufen seien.⁷ Als sicherer Hinweis auf die Unzufriedenheit der Bevölkerung kann auch die unerwartet niedrige Wahlbeteiligung von nur 31,86 Prozent bewertet werden.

Die beiden aufgrund von „Rowdytum“, so der offizielle Grund, inhaftierten und im November 2009 zu mehr als zwei Jahren Gefängnisstrafe verurteilten Blogger Adnan Hajizade und Emin Milli sind auch zu einem Symbol für die junge Opposition des Landes geworden. Trotz der sich verschlechternden demokratischen Lage Aserbaidshans verhandelt die EU derzeit auch mit Baku ein Assoziierungsabkommen. Die europäische Aserbaidshan-Politik ist erheblich von dem Interesse an Öllieferungen und Pipelines motiviert.

Belarus

Seit 2008 hatte die Europäische Union ihre politischen Vorzeichen in den Beziehungen zu Belarus von der Isolationspolitik hin zu einer Politik der Integration geändert. Die EU hatte den Visabann gegen 38 Vertreter der politischen Elite einschließlich Präsident Lukaschenka aufgehoben und bemühte sich um die Kooperation mit dem offiziellen Minsk ebenso wie mit der Opposition. Mit einem kritischen Blick auf die belarussische Transformation gilt es zu prüfen, welchen Erfolg diese Politik hatte. Auch in Belarus sind die Wahlen ein Spiegel für Fortschritte oder Rückschritte bei der demokratischen Entwicklung. In Belarus fanden am 25. April 2010 Kommunalwahlen statt, die gleichzeitig auch ein Testfall für die nächsten Präsidentschaftswahlen, voraussichtlich im Februar 2011, stellten. Im Vorfeld der Wahlen gingen von der Verabschiedung einer neuen Wahlgesetzgebung erstaunlich positive Signale aus. Sie spiegelten zunächst die konstruktive Kooperation zwischen der Regierung, internationalen Organisationen und belarussischen NGOs wider.⁸ Große Fortschritte der neuen Wahlgesetz-

6 Armenia Suspends Ratification of Turkey Deal, in: Radio Free Europe, Radio Liberty, 22. April 2010.

7 Low Turnout, Alleged Violations Mar Azerbaijan Local Elections, in: Radio Free Europe, Radio Liberty, 4. Januar 2010.

gebung sind, dass – mit Ausnahme der zentralen Wahlkommission – 30 Prozent der Vertreter der Kommissionen von politischen Parteien und Vereinigungen gestellt werden können. Die Wahlgesetzgebung sah erstmalig die Möglichkeit, dass die Kandidaten zum Wahlkampf Mittel jenseits der staatlichen Finanzierung akquirieren können. Die Kandidaten können eigene Fonds, nicht jedoch internationale oder anonyme Finanzierungsquellen nutzen.

In der Praxis erwiesen sich die neuen demokratischen Möglichkeiten als überwiegend negativ. So kommt der litauische Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Justas Paleckis, der Mitglied des Ausschusses für die Beziehungen zu Belarus ist, zu dem Schluss, dass sich trotz des neuen Wahlgesetzes keine wesentlichen Verbesserungen bei der Durchführung der Kommunalwahlen gezeigt haben. Die Hoffnungen der EU, die Kommunalwahlen könnten ein Schritt in Richtung Demokratisierung werden, haben sich nicht bewahrheitet.⁹

Seit Herbst 2009 kam es erneut zu Repressionen gegen die Vertreter der belarussischen Zivilgesellschaft. Dies kann als Reaktion der Regierung auf die exponierte Rolle der belarussischen Zivilgesellschaft in der Östlichen Partnerschaft der Europäischen Union verstanden werden. Unter allen sechs europäischen Nachbarstaaten ist die belarussische Zivilgesellschaft Vorreiterin in diesem Format: Es ist ihr gelungen ist, eine entscheidungsfähige nationale Plattform zu gründen und am 5.-6. Juli 2010 das Nationale Zivilgesellschaftliche Forum zu veranstalten.¹⁰ Die Regierung sanktionierte die Teilnahme der Studentin Tatsiana Shaputska am zivilgesellschaftlichen Forum der Östlichen Partnerschaft im November 2009 in Brüssel mit dem Ausschluss von der Universität. Shaputska setzt ihr Studium nun in Vilnius fort.

Innenpolitisch deuten alle Signale darauf hin, dass die bisher dominierenden „Siloviki“ an Einfluss verlieren. Präsident Lukaschenko konzentriert die Macht immer mehr in seinen Händen, unterstützt von einzelnen Akteuren wie seinem Sohn Viktor Lukaschenko und von mit dem Premierminister Sergej Sidorsky verbundenen nationalistischen Technokraten.¹¹ Auch wirtschaftlich schwankt das Land zwischen der dominierenden Russlandorientierung und einem zeitweisen Lavieren mit der Europäischen Union. Das diesbezüglich wichtigste Signal ist das Inkrafttreten der Zollunion mit Kasachstan und Russland am 1. Januar 2010. Entgegengesetzte Signale sind die Energieabhängigkeit Minsk von Moskau und die Entscheidung Russlands im Juni 2009 für einige Tage alle belarussischen Exporte von Milchprodukten zu verbieten. Die vorgeschobenen Gründe waren, wie in derartigen Fällen üblich, angebliche sanitäre Bedenken.¹² Mittel- bis langfristig wird die derzeitige wirtschaftliche Abhängigkeit Belarus von Russland ein entscheidender Faktor über die künftigen Möglichkeiten zur Annäherung an Europa bleiben. Kurzfristig wird die EU im Dezember 2010 über den Umgang mit möglichen Sanktionen entscheiden, und hier in erster Linie der Verweigerung von Visas. Damit wird die EU auch ein Signal setzen über die Ausgestaltung der Beziehungen zu diesen – aus der Perspektive demokratischer Standards – schwierigen Nachbarn.

Die Ukraine

Das für die ukrainische Innenpolitik wichtigste Thema waren die Präsidentschaftswahlen im Januar 2010. Es waren die, diesen Wahlen vor fünf Jahren vorausgegangen Präsidenten-

8 Sergei Alfer: Belarusian Electoral Law: Issues of Compliance with European Electoral Standards, in: Belarusian Institute for Strategic Studies, Mai 2010.

9 Markian Ostaptschuk: Kritik an Kommunalwahl in Belarus, in: Fokus Osteuropa, Deutsche Welle, 29.4.2010.

10 „Roadmap of the Eastern Partnership for Belarus“, Minsk, 5-6. Juli 2010.

11 Sabine Fischer: The EU and Belarus – Why Engage with a Troublemaker?, in: On a Wider Europe, GMFUS Foreign Policy and Civil Society Program, 18. Juni 2010, S. 3.

12 Susan Stewart: Russische Außenpolitik im postsowjetischen Raum. Russische Außenpolitik im postsowjetischen Raum. Das Baltikum, die westliche GUS und der Südkaukasus im Vergleich, SWP-Studie 2010/S 05, März 2010.

schaftswahlen, die mit der Orangen Revolution das Land entscheidende Schritte näher in Richtung Europa gebracht hatten. Nach einer kurzen Welle des demokratischen Durchbruchs folgten aber lange andauernde politische Machtkämpfe, die erneut die Europatauglichkeit des Landes in Frage stellten.¹³

Bei der diesjährigen Wahl gingen Viktor Janukowitsch und Julia Timoschenko mit jeweils 35,32 und 25,05 Prozent der Stimmen aus dem ersten Wahlgang am 17. Januar 2010 hervor. Sieger der Stichwahlen am 7. Februar war Janukowitsch mit 48,95 Prozent während 45,47 Prozent der Stimmen auf Timoschenko entfielen. Im großen Unterschied zu den Wahlen 2004 kam es nicht zu einem planmäßigen Wahlbetrug, der das Ergebnis in Frage gestellt hätte. Obwohl Janukowitsch als ein Kandidat Russlands gilt, wurde das Wahlergebnis von der westlichen Staatengemeinschaft als Sieg der Demokratie eingestuft. Weitaus wichtiger als die Frage, wer die Wahlen gewonnen hat, waren die dem Wahlprozess zu Grunde liegenden demokratischen Verfahrensweisen.

Seit seinem Amtsantritt gehen von der Regierung Janukowitsch unterschiedliche bis gegensätzliche Signale aus. Auch als politisches Zeichen intendiert, führte die erste Dienstreise des Präsidenten zunächst nach Brüssel und dann erst nach Moskau. Bei dem Brüsseler Treffen mit dem Präsidenten der EU-Kommission Barroso unterstrich Janukowitsch, dass die „europäische Integration“ der Ukraine die Priorität in der Außenpolitik seines Landes sei. Beide Seiten bekundeten, dass sie innerhalb eines Jahres ein bilaterales Assoziierungsabkommen unterzeichnen wollen. Dies hielt Janukowitsch aber anschließend nicht davon ab, bereits am 21. April 2010 gemeinsam mit dem russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew das Abkommen über die Schwarzmeerflotte zu unterzeichnen. Dieses so genannte Doppelabkommen über die Nutzung der Schwarzmeerflotte und die Fixierung der Gaspreise stellt den wichtigsten Faktor bei der Entwicklung der Beziehungen zu Russland dar. Im Abkommen hatten sich Medwedew und Janukowitsch dazu verpflichtet, dass Russland mindestens bis 2042 seine Schwarzmeerflotte in Sewastopol stationieren darf. Im Gegenzug erhält die Ukraine verbilligte Gaslieferungen aus Russland, die innerhalb der nächsten zehn Jahre eine Ersparnis von 30 Milliarden Euro darstellen.

Die Unterzeichnung des Doppelabkommens war kein Gegenstand umfassender gesellschaftlicher Debatten und basiert nicht auf der erforderlichen gesellschaftlichen Unterstützung. Bei der Ratifizierung in der Obersten Rada am 28. April 2010 kam es erneut zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung zwischen der Regierungspartei und der Opposition. Obwohl Janukowitsch die Wahlen mit einer soliden Mehrheit gewonnen hat, muss er seine Politik im Parlament mit wackligen Mehrheitsverhältnissen und getragen von Ad-hoc-Unterstützung umsetzen. Dies macht die Politik erneut anfällig für den Einfluss von Lobbyisten und wenig berechenbare politische Entscheidungen. Einerseits signalisiert das Abkommen, dessen beide Teile mit je einer knappen Mehrheit von zehn Stimmen angenommen wurden, die Abhängigkeiten der Ukraine von Russland, während es andererseits auch die Handlungsmöglichkeiten des Landes vergrößert.

Nachdem diese wichtigen Fragen in den Beziehungen zu Russland geregelt sind, hat die Ukraine nun zumindest die Möglichkeit, sich auf ihre wirtschaftliche Modernisierung zu konzentrieren und die Beziehungen zur Europäischen Union zu intensivieren. Derzeit bleibt eine der größten Herausforderungen des Landes, die Auswirkungen der globalen Finanzkrise zu bewältigen.¹⁴ Im Jahr 2009 musste die ukrainische Wirtschaft Verluste um 15 Prozent ver-

13 Iris Kempe/Helmuth Kurth (Hrsg.): Presidential Election and Orange Revolution. Implication for Ukraine's Transition, Kiev/Zapovit 2005.

kraften, die nur mit Hilfe der finanziellen Unterstützung des IMF kompensiert werden konnten. Dieser Kurs wird und kann aber nicht unbegrenzt fortgeführt werden, da die Ukraine alleine 2010 37 Milliarden Euro Schulden zurückzahlen muss. Wie auch nach den Präsidentschaftswahlen 2004 steht die Ukraine erneut vor der schwierigen Herausforderung, ihren Kurs zwischen Russland und Europa zu bestimmen und dabei gleichzeitig ihre Hausaufgaben der politischen und wirtschaftlichen Transformation zu bewältigen.¹⁵

Die Republik Moldau

Seit den Parlamentswahlen im April 2009 befindet sich die Republik Moldau in einer innenpolitischen Krise. Aus den Wahlen ging als Siegerin das lockere Bündnis von vier Parteien, die „Alliance for European Integration“, hervor. Die programmatischen Grundsätze der Allianz stimmen nur bedingt überein und die Führungspersonen orientieren sich im technokratischen Stil an der Lösung von Transformationsprobleme des Landes. In der Opposition befindet sich die Kommunistische Partei des bisherigen Präsidenten Vladimir Waronin. Die Abwahl der Kommunistischen Partei wurde im Land sowie in Europa sehr schnell als politischer Richtungswechsel von der Orientierung auf Russland nach Europa ausgelegt. Die Republik wurde zum Musterbeispiel der demokratischen Entwicklung in den Staaten der europäischen Nachbarschaft erklärt, das eine Vorreiterrolle bei der östlichen Nachbarschaft spielen kann.¹⁶

Vergleicht man die hohen Erwartungen mit der politischen und wirtschaftlichen Realität nach den Wahlen, muss die Einschätzung weitaus weniger optimistisch ausfallen. Innenpolitisch ist es seit den Wahlen nur sehr begrenzt gelungen, eine handlungsfähige Regierung zu bestimmen. Laut der Verfassung des Landes wird der Präsident mit einer Mehrheit von 3/5 der Abgeordneten gewählt. Bisher scheiterten mehrere Versuche, einen Präsidenten mit der dafür erforderlichen Mehrheit zu wählen. Als Ausweg aus der politischen Sackgasse wird diskutiert, die in der Verfassung vorgesehenen Mehrheiten zu ändern oder Neuwahlen durchzuführen. Beides wären aber Indizien für eine innenpolitisch instabile Lage.

Die politische Instabilität des Landes geht einher mit einer wirtschaftlichen Krise. 2009 erlitt das Land den stärksten Konjunkturrückgang seit 15 Jahren, der in einem 15-prozentigen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts zum Ausdruck kam, weiterhin zu einem Rückgang der Steuereinnahmen um 50 Prozent sowie zu Rücküberweisungen aus dem Ausland um 30 Prozent führte. Der Zusammenbruch des Staatshaushaltes konnte nur mit massiver internationaler Unterstützung gesichert werden. Der Internationale Währungsfonds sprach der Republik Moldau einen Kredit in Höhe von 590 Millionen US-Dollar mit dreijähriger Laufzeit zu. Die Weltbank hat weitere 80 Millionen US-Dollar in Aussicht gestellt und die Republik Moldau bemüht sich um finanzielle Unterstützung aus der EU.¹⁷

Außen- und europapolitisch hat die Republik Moldau positive Signale gegeben. Wichtig waren zunächst die Verbesserungen der Beziehungen zum rumänischen Nachbarstaat, der als neuer Mitgliedstaat in der EU auch ein Protagonist der Republik in der europäischen Politik sein kann. Abgeschafft wurde die von der kommunistischen Regierung eingeführte Visapflicht für rumänische Staatsbürger. Außerdem wurde ein Vertrag über den kleinen

14 One hundred days of Yanukovitsch. Ukraine's new president is not a Russian stooge. Bit his country is in deep economic trouble, in: *The Economist*, 3. Juni 2010.

15 Andrew Wilsons: Dealing with Yanukovych's Ukraine, ECFR Policy Memo, März 2010.

16 Nicu Popescu: Re-setting the Eastern Partnership in Moldova, CEPS policy Brief; No. 199, 4. November 2009.

17 Stanislav Secieru: Integration Reloaded. Streamlining Moldova's European Course, Briefing Paper 56, 23. März 2010, The Finnish Institute of International Affairs.

Grenzverkehr unterzeichnet. Zur Intensivierung ihrer Beziehungen zur Europäischen Union verhandelt die Republik Moldau über ein Assoziierungsabkommen, das auf einem Freihandelsabkommen und einem Abkommen zur Visaliberalisierung basiert. Bei der Suche nach neuen Optionen für die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen Russland und der Europäischen Union bemühte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Dimitrij Medwedew darum, neue Mechanismen für die zivile und militärische Krisenprävention zu entwickeln. Ein erster Testfall für eine derartige Zusammenarbeit soll die Lösung des Konfliktes des formal zur Republik Moldau gehörenden, sich aber faktisch als unabhängig erklärten Staates Transnistrien sein. Transnistrien steht unter russischer Kontrolle, grenzt aber geografisch unmittelbar an Rumänien und somit an die EU an.

Eine mögliche Annäherung des Landes an Europa wird immer auch davon abhängen, welcher Handlungsfreiraum ihm durch Russland gewährt wird. Bisher sind die Signale aus Moskau für die Grenzen der Annäherung an Europa bei der Entfernung von der politischen und wirtschaftlichen Kooperation mit der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten gesetzt. Zudem versucht der Kreml mit Hilfe von aus russischen Geldern finanzierten NGOs das Image der EU als Gefahr für die nationale Identität Moldaus darzustellen.

Fazit und Ausblick

Der Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union ist es im zurückliegenden Jahr nur begrenzt gelungen, ihr selbst gesetztes Ziel der Garantie von Sicherheit und Stabilität jenseits ihrer unmittelbaren Grenzen zu gewährleisten. Der in Lissabon verabschiedete Europäische Reformvertrag bietet realistische Optionen, die Gestaltungsmöglichkeiten der EU in ihrer Nachbarschaft zu vergrößern. Vorausgesetzt der EU gelingt es, ihre eigenen Ziele des Reformvertrags zu erreichen, dann können die europäischen Institutionen mittelfristig dazu in der Lage sein, weitere Mitgliedstaaten zu integrieren.

Ob eine weitere Integration von Mitgliedstaaten tatsächlich der Fall sein wird, wird aber auch von den Fortschritten der Transformation in den Nachbarstaaten selbst abhängen. Diesbezüglich zeigten sich Fortschritte, aber auch Stagnationen und Rückschritte. Bisher ist es noch keinem östlichen Nachbarstaat gelungen, die Ausrichtung auf die EU als durchgängige nationale Priorität umzusetzen. Die europäische Ostpolitik wird 2011 von den Ratspräsidentschaften Ungarns und Polens geprägt sein. Auf die damit verbundenen Implikationen gilt es analytisch und politisch ein besonderes Augenmerk zu richten. Man muss insbesondere beobachten, ob Polen die Östliche Partnerschaft bis hin zu einem möglichen EU-Beitritt der Ukraine forciert oder ob die Politik Warschaws im Rahmen der Östlichen Partnerschaft bleiben wird. Nachdem das Civil Society Forum der Östlichen Partnerschaft im November 2010 vom Auswärtigen Amt ausgerichtet wird, ist fast mit Sicherheit davon auszugehen, dass Polen 2011 die Schirmherrschaft für diese Veranstaltung übernehmen wird.

Weiterführende Literatur

Report: Independent International Fact-Finding Mission on the Conflict in Georgia, September 2009.

Stanislav Secieru: Integration Reloaded. Streamlining Moldova's European Course, Briefing Paper 56, 23 March 2010, The Finnish Institute of International Affairs.

Susan Stewart. Russische Außenpolitik im postsowjetischen Raum. Russische Außenpolitik im postsowjetischen Raum Das Baltikum, die westliche GUS und der Südkaukasus im Vergleich SWP-Studie 2010/S 05, März 2010.

Andrew Wilsons: Dealing with Yanukovych's Ukraine, ECFR Policy Memo, March 2010.

Periodika: Caucasus Analytical Digest: <http://www.laender-analysen.de/index.php?topic=caucasus&url=http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>; Osteuropa; On a Wider Europe. GMFUS. http://209.200.80.89/template/page.cfm?page_id=596.